Caritas: Sozialalmanach 2009

Luxemburg und die Krise

Robert Urbé

Es kann [...] nicht sein, dass in guten Zeiten die Gewinne in den Taschen der Aktionäre landen, und in schlechten Zeiten wird Vater Staat gebeten, nachzuschießen!

Die Maßnahmen der Regierung

Das Fazit gleich vorneweg: die Regierung hat bei der Bekämpfung der Krise nicht versagt, sie hat im Allgemeinen auch die richtigen Maßnahmen ergriffen. Es bleibt aber Einiges anzumerken:

- nicht alle Maßnahmen gingen weit genug;
- es wurde so manche Maßnahme als speziell gegen die Krise gerichtet „verkauft", obwohl sie schon vorher beschlossen war;
- es wurde auch die Chance verpasst, mehr für den Umweltschutz, die Klimapolitik und die Energiesicherheit, sowie den sozialen Zusammenhalt zu tun;
- vermisst haben wir vor allem innovative Ideen.

Diese Reaktion gilt den Regierungsmaßnahmen seit September 2008. Diese bestehen im Wesentlichen aus:

a) Der Regierungsintervention im Bankenbereich, wo zwei führenden Banken insgesamt rund 3 Milliarden EUR zur Verfügung gestellt wurden.

b) Dem im Dezember im Parlament votierten Staatsbudget und den darin enthaltenen Maßnahmen, die den Charakter haben, dass sie gegen die Krisensymptome gerichtet sind.

c) Dem am 6. März im Regierungsrat verabschiedeten (und zuvor am 3. März in der Tripartite besprochenen) Konjunkturpaket von 1,228 Milliarden EUR (=3,24% des Bruttoinlandprodukts), wovon aber nur 665 Millionen EUR neue, nicht im Staatsbudget enthaltene Maßnahmen betreffen.

Das Konjunkturpaket besteht im Einzelnen u. a. aus:

- 460 Mio EUR zusätzliche Kaufkraft durch Steuermaßnahmen;
- 227,85 Mio EUR für Zuwendungen an mittelständische Unternehmen (sowie 500 Mio EUR als Garantien für größere Betriebe wie z. B. Unternehmen der Autozuliefererbranche);
- 150 Mio EUR für zusätzliche öffentliche Bauvorhaben;
- 10,7 Mio EUR für die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes.

Daneben müssen wir uns aber auch den Bericht der Spezialkommission des Parlaments ansehen, der am 26. März im Parlament debattiert wurde. Dieser listet 21 mittel- und langfristige Vorschläge auf, da kurzfristig das Konjunkturpaket der Regierung langen würde. (...) Im Großen und Ganzen wird hier „Business as usual" vorgeschlagen, mit ein bisschen rigoroserer Führung. Der Grundtenor: wir sind schon gut, lass es uns noch ein bisschen besser machen. Soziale und Umweltbelange kommen nicht vor, genauso wenig ethische Betrachtungen: Luxemburg soll weiterhin von seinen Nachbarn profitieren. So ist leider keine Zukunft zu gewinnen! (...)

Kritische Bewertung

(...) Da Luxemburg nicht als Verursacher, sondern als Opfer der Krise anzusehen ist, gibt es auch kaum eigene, hausgemachte Lösungsmöglichkeiten, sondern die Regierung kann nur zusammen und in Konzertation mit den anderen europäischen Regierungen (und darüber hinaus) handeln. Gleichzeitig gilt es aber, auf Luxemburger Spezifizitäten zu achten: 40-50% der Steuereinnahmen kommen vom Bankensektor, die Tripartite als Einrichtung ermöglicht schnelles Handeln im Einvernehmen zwischen Regierung, Patronat und Gewerkschaften, die hohe Zahl der Grenzgänger usw. Solche spezifisch Luxemburger Begebenheiten sind im Konjunkturpaket zu wenig berücksichtigt, sieht man einmal von der Stärkung des Bausektors durch das Vorziehen öffentlicher Investitionen ab.

Im Zusammenhang mit der Bankenrettungsaktion ist zunächst festzuhalten, dass es sicherlich

Gekürzte Version des 4. Kapitels von Robert Urbé aus dem diesjährigen Sozialalmanach der Caritas.

hierzu keine Alternative gab.[1] Die Rettungsaktion erfolgte ja nicht zum Wohle der Banken oder deren Manager, sondern eindeutig zum Wohle derjenigen, die dort Einlagen zu verlieren drohten, respektive derjenigen deren Kredite sofort fällig zu werden drohten, oder aber verkauft zu werden,[2] was noch schlimmer gewesen wäre. Etwas anders verhält es sich mit einer anderen Interessentengruppe, den Aktionären, weniger den institutionellen Großanlegern (obwohl diese manchmal auch das Gesparte oder aber die Rentenansprüche anderer Leute verwalten) als vielmehr den Kleinaktionären. So schützenswert diese auf der einen Seite vielleicht auch sind, so muss doch gewarnt werden vor einer mittlerweile fast zur Routine gewordenen Reaktion sowohl bei Groß- als auch Kleinaktionären: bei drohenden oder eingetretenen Verlusten wird nach Vater Staat gerufen! Dabei muss gesagt werden, dass wenn jemand des möglichen größeren Gewinns wegen sein Geld vom Sparkonto abhebt, um es zukünftig in Aktien zu investieren, er auch den möglichen Verlust hinnehmen muss. Wir erleben hier in geradezu unverfrorener Art die Umsetzung des Prinzips: Gewinne werden individualisiert, Verluste aber sozialisiert![3]

Ein geradezu abstoßendes Beispiel hierzu lieferte eine der reichsten Personen in Deutschland, die Hauptaktionärin einer weltweit renommierten Reifenfirma. Weil die Firma rund 1 Million EUR brauchte, um Arbeitsplätze zu retten, sollte der Staat dieses Geld beibringen. Dabei beträgt das private Vermögen der Dame, nicht aus ihrer Hände Arbeit, sondern im Wesentlichen aus den Erlösen ihrer Betriebe, knapp geschätzt 6 Milliarden EUR. Es kann doch nicht sein, dass in guten Zeiten die Gewinne in den Taschen der Aktionäre landen, und in schlechten Zeiten wird Vater Staat gebeten, nachzuschießen!

In einem anderen Fall hieß es sogar, der Gewinn sei gegenüber dem Vorjahr um 70% gesunken (also nicht einmal ein Verlust, sondern nur ein niedrigerer Gewinn!) und deswegen müssten jetzt Staatsgelder zur Unterstützung her. Und in allen diesen Fällen wird das Argument der zu schützenden Arbeitsplätze angeführt, die Arbeitnehmer also quasi als Geiseln genommen!

Wenn auch verschiedentlich, und wir gehören auch dazu, begrüßt wird, dass die Zeit des Neoliberalismus vorbei sei und der Staat als Akteur wieder gefragt sei, so sieht man an diesen Beispielen doch deutlich, dass dies noch lange nicht der Fall ist. Die berühmten „Shareholder“ haben im Gegenteil eine neue Möglichkeit entdeckt, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen: das ist ihrer Meinung nach nun die neue Aufgabe des Staates!

Deswegen bleibt hier auch kritisch anzumerken, dass trotz des großen Engagements des Staates und trotz der Tatsache, dass unser Premierminister die Finanzjongleure als Kriminelle bezeichnet hat,[4] der Einfluss der Regierung auf die Bankengeschäfte u. dergl. noch nicht größer geworden ist (z. B. durch die Bankenaufsicht oder durch das Institut des Regierungskommissars; oder aber auch durch eine Vergrößerung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer!), dass es noch keine Änderungen im internationalen Wirtschaftsleben gibt. Und es fehlt auch immer noch an neuen Regelungen auf den Finanzmärkten, die ähnliche Vorfälle für die Zukunft ausschließen können. Diese lassen ebenso auf sich warten, wie Maßnahmen gegen die so genannten „golden handshakes“, Abfindungen in Millionenhöhe an Manager, die versagt haben und deswegen entlassen wurden. (...)

Zum Staatsbudget: Die dort vorgesehenen Maßnahmen steuerlicher Art (Anpassung der Steuertabelle, Umwandlung von Freibeträgen in Steuerboni, Steuerbefreiungen bestimmter Einkommensbestandteile) sowie die Einführung der Dienstleistungsschecks werden gerne als gegen die Krise gerichtet dargestellt, weil sie die Kaufkraft erhöhen. Wenn es auch richtig ist, dass Kaufkraft erhöhende Maßnahmen, und darum handelt es sich hierbei tatsächlich, im Prinzip ein probates Mittel gegen die Krise sind, so bleibt doch zweierlei anzumerken: zum einen waren diese Maßnahmen schon im Frühjahr 2008 beschlossen worden (sie finden sich allesamt in der Erklärung zur Lage der Nation vom 22. Mai 2008 wieder), also zu einem Zeitpunkt, wo die Krise „noch nicht in Luxemburg angekommen war“; zum anderen steht die Spezifizität der Luxemburger Güterproduktion dem Erfolg im Wege. Luxemburg produziert größtenteils für den Export und muss den Großteil seiner Konsumgüter importieren. Daher (...) wirkt sich eine solche Kaufkraft erhöhende Maßnahme eben weniger auf

Genauso wichtig wie die Absage an Steuererhöhungen ist die Ankündigung, keine Verringerung der Sozialleistungen zu beabsichtigen, denn auch Sozialleistungen erhöhen die Kaufkraft.

die inländische Produktion aus als auf den Handel. So stellte beispielsweise der Wirtschaftsminister in der Pressekonferenz nach dem Konjunkturkomitee vom 25. März fest, dass er sich weniger Sorgen um den Handelssektor machen müsse, da dort der Rückgang vom 3. auf das 4. Quartal 2008 nur 0,5% betragen habe, was er dann auf die diversen Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft zurückführte. Also: wenn es auch bei der Aufstellung des Budgets noch nicht abzusehen war, so haben die beschlossenen Maßnahmen doch eine Konjunktur stützende Wirkung.

Kommen wir nun zum Konjunkturpaket selbst. Man kann ihm allerhöchstens wie die parlamentarische Spezialkommission kurzfristigen Charakter zubilligen, aber sicherlich nicht ausreichende Abdeckung. Während etwa nur die Hälfte wirklich neue Maßnahmen sind, ist nur die Stärkung des Bausektors eine solche, die auf spezifisch luxemburgische Konstellationen eingeht, die Abwrackprämie für Autos beispielsweise sicher nicht. Aber auch hier ist nicht alles Gold was glänzt! Das Vorziehen von öffentlichen Bauvorhaben vergrößert ja nicht das Volumen; die Bauvorhaben die jetzt früher ausgeführt werden, sind später nicht noch einmal zu vergeben. Außerdem wurde hier genauso versäumt wie im Falle der Banken, die Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten mit einem größeren Mitspracherecht des Staates, aber vor allem der Arbeitnehmer zu verbinden.[5] Vor allem aber fehlen in diesem Konjunkturpaket die wirklich neuen Ideen, die nicht nur den Status quo zu halten versuchen, sondern neue Ansätze auch für die Zeit nach der Krise versprechen, wie z. B. eine starke Fokussierung auf die so genannten „grünen Technologien", wie sie auch in dem von der europäischen Kommission im November 2008 vorgelegten europäischen Konjunkturprogramm[6] figurieren. Dabei könnten grundsätzlich auch größere Ausgaben getätigt werden, die zum Ausgleich des Staatsbudgets dann durch öffentliche Anleihen gegenfinanziert werden müssten. Dies wäre weder wirtschaftlich ein Problem, da es sich um die Vorfinanzierung von zukunftsträchtigen Vorhaben mit nachhaltiger Wirkung handelt. Es wäre aber auch in Bezug auf den Stabilitätspakt in der europäischen Union kein Problem, da hier Abweichungen zugelassen sind, sofern sie gezielt der Krisenbekämpfung dienen. (...)

Genauso wichtig wie die Absage an Steuererhöhungen ist die Ankündigung, keine Verringerung der Sozialleistungen zu beabsichtigen, denn auch Sozialleistungen erhöhen die Kaufkraft. Es sind im Gegenteil sogar einzelne gezielte Erhöhungen vorgesehen, wie z. B. die Erhöhung des Kurzarbeitergeldes von 80% auf 90% des letzten Gehalts im Falle einer Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen. Steuererleichterungen und Erhöhung von Sozialtransfers stärken die Kaufkraft, halten die Wirtschaft am Laufen und spülen damit auch wieder Lohnsteuer, Sozialbeiträge und Mehrwertsteuer in die Kassen, die sonst ausbleiben würden.

Vorschläge zum Be- und Nachdenken

Natürlich ist als Erstes eine neue Architektur für das internationale Finanzsystem zu installieren. Zum einen müssen die neuen Regeln so formuliert werden, dass die Auswüchse, die zum Beinahe-Zusammenbruch führten, in Zukunft unter Kontrolle zu bringen sind. Dazu gehört also, dass die Regierungen wieder ihre Rolle übernehmen und die Märkte regulieren, aber auch entsprechend kontrollieren. Dazu gehört aber auch, dass die blanke Gier nach möglichst hohen Renditen nicht mehr ungebremst das Verhalten der Marktteilnehmer bestimmen darf. Auch Banken sind dem Gemeinwohl verpflichtet! Es wird viel von der „Sozialen Verantwortung der Betriebe" gesprochen und es hat auch einige Initiativen hierzu gegeben, aber abgesehen von der Staatssparkasse haben die Banken sich bei dieser Diskussion und bei diesen Initiativen nicht sonderlich hervorgetan.

Grundsätzlich ist ja nichts dagegen zu sagen, dass den Sparern zu Anlageformen mit möglichst hoher Rendite geraten wird. Die Frage ist aber einerseits, mit welchen Methoden diese Renditen erwirtschaftet werden,[7] und andererseits muss den Anlegern auch erklärt werden, dass eine höhere Rendite normalerweise auch mit einem höheren Risiko einhergeht. Wir sind aber mittlerweile in eine Situation gekommen, wo die Anleger gerne die hohen Renditen für sich haben, aber nach dem Staat rufen, wenn es zu Verlusten kommt: Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste hieß das früher!

Es sind also nicht nur die mittlerweile völlig unkontrollierten Finanzmärkte wieder unter Kontrolle zu bekommen, sondern es ist auch ein Umdenken bei den Anlegern gefragt: während die Oma mittels eines unbegrenzten Renditewunsches bei der Anlage ihrer Sparrücklagen auf nichts Rücksicht nimmt, wird zwecks Renditeerhöhung bei der nächsten Entlassungswelle ihr Enkel arbeitslos!

Ohne dass wir der Wirtschaft wieder ethische Maßstäbe setzen, kann es auf Dauer keinen vernünftigen Zukunftsweg geben. Das gilt gerade für Luxemburg, wo wir in den letzten Wochen gesehen haben, dass ein „Nischendenken"[8] auf Kosten unserer Nachbarn keine sinnvolle Alternative ist.

(...) Ein Großteil der Probleme an den Finanzmärkten rührt daher, dass dort nicht nur mit den Geldern gehandelt wird, die notwendig sind, um die internationale Wirtschaft am Laufen zu halten, sondern dass ca. 50-mal soviel freies Kapital vorhanden ist, mit dem einzig und allein spekuliert wird. Eine Transaktionssteuer von 0,7-1% auf diesen Geldbewegungen, das ist der Vorschlag der Tobin-Steuer, könnte hier beruhigend wirken.

Was den heimischen Finanzmarkt anbelangt, so wäre auch zu überlegen, ob die Verknappung der Kredite für die Wirtschaft nicht dadurch aufzufangen wäre, dass die SNCI (Société nationale de cré-

dit et d'investissement) eine größere Rolle spielen könnte, wozu sie mit weiterem Eigenkapital auszustatten wäre.

Über die Frage der Finanzmärkte hinaus sind aber auch eine ganze Reihe von grundsätzlichen Weichenstellungen nötig, um die Wirtschaft aus dem Tal herauszuführen. Generell könnte man diese definieren als Nutzen der Potenziale im sozialen und umwelttechnologischen Bereich, gestützt durch einige eher technische Maßnahmen.

Zu der sozialen und umwelttechnologischen Komponente gehört dabei:

- Rasches Umsetzen des Gesetzes zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung (früherer Gesetzesvorschlag 5144).

- Fördern der Sozial- und Solidarwirtschaft, sowie Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Regierung und Sozialsektor zwecks Erarbeitung der Modalitäten.

- Generell wäre eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu wünschen. Dies betrifft auf institutionellem Gebiet sowohl eine mögliche Vertretung im Wirtschafts- und Sozialrat (wie es beispielsweise auf europäischer Ebene der Fall ist) als auch die Frage, wie der soziale Sektor bei den Berufskammern repräsentiert ist. Es betrifft aber auch die Tatsache, dass wichtige Entscheidungen in nationalen Angelegenheiten von einer Tripartite getroffen werden, wo Regierung, Patronat und Gewerkschaften unter sich sind (auch hier wird auf europäischer Ebene bei den so genannten Troika-

Ordnung, Verantwortung und Gerechtigkeit sind für die deutschen Bischöfe das Leitmotiv. Sie sagten anlässlich ihrer Frühjahrs-Vollversammlung 2009 in Hamburg: „Ein neuer Protektionismus, aber auch ein Nachlassen im Kampf gegen Armut und Hunger sowie die Folgen des Klimawandels können nicht die Antwort auf diese Krise sein" und „Ordnung braucht ihre Entsprechung in der Ausbildung von Werten und Grundhaltungen wie Verantwortung, Rechenschaft, Konsequenz, Transparenz, Vertrauen und langfristige Orientierung. Denn gerade angesichts der Dynamik und Komplexität der globalisierten Wirtschaft wird nicht alles, was von Rechts wegen zulässig ist, auch ethisch vertretbar sein. Freiheit braucht Moral!"[1]

Der Vertreter des Vatikans bei den Vereinten Nationen sagte am 20. Februar 2009 vor dem Menschenrechtsrat in Genf: « La crise a en partie été causée par le comportement problématique de certains acteurs du système financier et économique, y compris des administrateurs de banques et ceux qui auraient dû être plus attentifs en ce qui concerne les systèmes de monitorage et de responsabilité » und « ...l'activité financière ne peut se réduire à obtenir des profits faciles, mais doit aussi inclure la promotion du bien commun parmi tous ceux qui prêtent, ceux qui empruntent et ceux qui travaillent » sowie « La communauté internationale a la responsabilité légitime de demander pourquoi cette situation s'est créée, à qui en revient la responsabilité et de quelle ma-nière une solution concertée peut nous faire sortir de la crise et faciliter le rétablissement des droits ». Außerdem warnte er vor den schwerwiegenden Auswirkungen der Krise auf die ärmsten Länder der Welt, Auswirkungen, die die entwickelten Länder nicht zu spüren bekommen. Dabei gehe es um Entwicklung, Menschenrechte und Demokratie, die in Gefahr seien. Die internationale Gemeinschaft müsse hier ihrer Verantwortung nachkommen, um Schlimmstes zu vermeiden.[2]

Ins gleiche Horn stoßen die Bischöfe Lateinamerikas in Bogotá, wo der Vorstand des lateinamerikanischen Bischofsrates CELAM am 5. und 6. Februar tagte: « …la crise actuelle n'est pas le seul résultat de difficultés financières immédiates, mais une conséquence de l'état de santé écologique de la planète, voire surtout de la crise culturelle et morale que nous vivons et dont les symptômes sont depuis longtemps évidents dans le monde entier », daher sei es notwendig, diese Globalisierung ethisch zu meistern, und weiter: « La crise financière actuelle révèle une recherche excessive du profit qui va au-delà de la valorisation du travail et de l'emploi, les transformant en une fin en soi » und sie verlangen « de considérer sérieusement la nécessité de jeter les bases d'un nouvel ordre, fondé sur de nouvelles règles… ».[3]

Schließlich noch einmal die deutschen Bischöfe mit dem gleichen Anliegen: Vor allem die freie Marktwirtschaft in den USA habe die Welt in die Wirtschaftskrise gestürzt. Dagegen hätten sich die katholische Soziallehre und die soziale Marktwirtschaft als Orientierung und Bewertungsmaßstab für die gesellschaftliche Ordnung bewährt. „Nicht ein primitiver Kapitalismus, sondern eine Marktwirtschaft, die eingebunden ist in eine Gemeinwohlorientierung, all das müssen wir nun auf einer globaleren Ebene diskutieren", so der Münchner Erzbischof.[4]

[1] *Zitiert nach Zenit vom 4. März 2009.*
[2] *Zitiert nach Zenit vom 25. und 26. Februar 2009.*
[3] *Zitiert nach Zenit vom 16. Februar 2009.*
[4] *Zitiert nach* Luxemburger Wort *vom 5. März 2009, dpa-Nachricht.*

Ohne dass wir der Wirtschaft wieder ethische Maßstäbe setzen, kann es auf Dauer keinen vernünftigen Zukunftsweg geben.

Gesprächen die Zivilgesellschaft regelmäßig hinzugezogen). Auch die Spezialkommission der Abgeordnetenkammer beispielsweise ist zwischen dem 14. Januar und dem 20. März außer mit einer Reihe von Ministern mit den Vertretern von insgesamt rund 40 nationalen und internationalen Organisationen und Institutionen zusammengekommen, darunter war aber kein einziger Vertreter der Zivilgesellschaft: soziale Akteure, solche aus dem Umweltbereich oder auch aus der entwicklungspolitischen Szene hätten wohl gestört in dem Süppchen, was da zusammengekocht wurde.

- Ein weiterer Ausbau der sozialen Dienste ist nicht nur deshalb dringend geboten, weil angesichts der Krise auch immer mehr Leute auf soziale Dienste angewiesen sind,[9] sondern im Sozialbereich ist auch ein Potenzial zur Schaffung neuer Arbeitsplätze vorhanden.

- Statt einer Abwrackprämie auf alte Autos[10] wäre es sinnvoller, generell solche Betriebe finanziell und/oder steuerlich zu begünstigen, die versuchen, Konsumprodukte für den heimischen Markt zu produzieren und dazu in einem vergleichbar höheren Maße Arbeitskräfte brauchen, sowie eher Personal ohne Diplom und ohne formale Schulbildung einstellen.

- Die Sanierung von älteren Gebäuden (Fassadendämmung, Keller- und Dachdämmung, neue Fenster, neue Heizungsanlagen), dazu der Einbau von Wärmepumpen u. ä., eine Unterstützung für Solardächer auf allen größeren Gebäuden wie Kliniken, Kirchen, Verwaltungen, Fabriken und dergleichen (und auch auf öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Rathäusern, Kulturzentren, Sporthallen, …!) wäre für sich allein genommen ein gigantisches Konjunkturprogramm mit einer zusätzlichen Komponente in Richtung Umwelt und Nachhaltigkeit.

Zu den eher technischen Maßnahmen könnten gehören:

- Die immer noch vorhandenen administrativen Hemmnisse müssen weiterhin kontinuierlich abgebaut werden. Dazu gehört auch die Frage einer Zusammenlegung des Wirtschaftsministeriums und des Département des classes moyennes. So könnte es nicht nur zu einer Adresse kommen, sondern vor allem zu einer integrierten Strategie und es könnten ebenfalls auf administrativer Ebene Synergien freigelegt werden. Im gleichen Sinne ist auch zu überlegen, ob nicht die Schaffung eines großen Sozialministeriums von Vorteil wäre, wie es schon seit Jahrzehnten in Deutschland besteht. Es umgreift dort die Zuständigkeiten des Arbeitsministeriums und desjenigen der Sozialen Sicherheit sowie die Teile des Familienministeriums, die nicht ausdrücklich mit Familienpolitik sondern eher mit allgemeiner Sozialpolitik zu tun haben. Auch das könnte in der Sozialpolitik zu mehr Kohärenz und integrierten Ansätzen führen. Ein Beispiel hierzu ist, dass es für Arbeitslose im Augenblick fünf verschiedene Angebote gibt, die von drei verschiedenen Ministerien verwaltet werden.

- Es muss in Zukunft auf den Gebrauch der Frühpensionierung verzichtet werden, da dieser zwar die Arbeitslosenstatistik entlastet, die Rentenversicherung aber doppelt belastet: durch entgangene Beiträge und früher zu zahlende Renten! Hingegen ist ein allmähliches Hinübergleiten in den Ruhestand einer starren Regelung vorzuziehen.

- Eine Reduzierung des Drucks auf den Arbeitsmarkt wäre besser dadurch zu erreichen, dass man Auszeiten am Arbeitsmarkt, also beschäftigungslose Zeiten wie ein Sabbatjahr, fördert, aber auch Auszeiten, die mit einer weiteren Aus- und Weiterbildung zusammenhängen. Das würde zu besser ausgebildeten, weniger durch Stress und Burnout belasteten und damit produktiveren Arbeitnehmern führen.

- Die Administration de l'Emploi (ADEM), demnächst Agence luxembourgeoise pour l'Emploi (Ale), muss personell, finanziell und weiterbildungsmäßig so ausgestattet werden, dass sie ihren Verpflichtungen nachkommen kann. Es muss zukünftig für jeden Arbeitslosen eine persönliche und enge Betreuung installiert werden, die einen genau auf ihn zugeschnittenen Weg zurück in den Arbeitsmarkt definiert und verfolgt, wozu wesentlich mehr und präziser geschultes Personal zur Verfügung stehen muss.

- Zu überlegen ist auch, ein spezielles staatliches Weiterbildungsinstitut komplementär zu den bestehenden zu schaffen, das dann die eigentlich von der ADEM erwarteten Weiterbildungsmaßnahmen übernehmen würde, auch z. B. in Zusammenhang mit den durch den Gesetzesvorschlag 5611 eingeführten Anforderungen oder auch durch die jüngst beschlossene Zahlung von 90% des Lohnes im Falle von Weiterbildung bei Kurzarbeit.

- Installieren eines unabhängigen Sachverständigenrates zur Begutachtung der wirtschaftlichen und sozialen Lage als Beratungsorgan der Regierung, ähnlich dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik in Deutschland, dem Conseil d'analyse économique (CAE) in Frankreich, dem Conseil central de l'économie in Belgien oder auch dem Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid (WRR) in den Niederlanden.

Außerdem schlagen wir vor, Folgendes zu überlegen:

Wenn die Höhe der zu zahlenden Löhne (inklusive Lohnnebenkosten) in Bezug auf die Stückkosten wirklich zu einem Wettbewerbsnachteil führt, dann könnte dieser durch einen weiteren Eingriff in die Frage der Lohnnebenkosten eliminiert werden. So wie aus demselben Grund bereits seit Jahren die Lohnnebenkosten dadurch entlastet werden, dass im Ausland als Sozialbeiträge zu zahlende Abgaben bei uns aus dem Steueraufkommen finanziert werden (Kindergeld, Arbeitslosengeld), wäre zu überlegen, ob dies nicht auszudehnen wäre. So könnte man beispielsweise erwägen, die Arbeitgeberbei-

träge zur Sozialversicherung („charges sociales patronales“) komplett auf Steuerfinanzierung umzustellen. Weil dadurch die Lohnnebenkosten gesenkt würden,[11] erhöhte sich die Kompetitivität der auf den internationalen Märkten operierenden Unternehmen. Denn die wegen der Aufkommensneutralität notwendigen Steuern werden in Abhängigkeit von den erzielten Gewinnen gezahlt. Das ist erstmal grundsätzlich kein größeres Problem, da die Luxemburger Steuersätze durchaus konkurrenzfähig sind. Vor allem aber zahlt unter dem Strich nur derjenige Arbeitgeber zum Ausgleich der Sozialbeiträge mehr Steuern, der auch mehr Gewinn macht, dann aber war seine Konkurrenzfähigkeit ja nicht bedroht.

Die Regierung hat ihr Konjunkturpaket geschnürt, die parlamentarische Spezialkommission ihre Schlussfolgerungen gezogen, die Wahlen können kommen. Wir wollten in diesem Kapitel einige Anregungen liefern, mit denen sich eine nächste Regierung vielleicht auseinandersetzen sollte. ◆

[1] Es wäre auch zu billig, auf das viele Geld zu verweisen, das für die Banken „gefunden“ wurde, während die Bekämpfung der Armut nicht so weit vorne auf der Liste stünde. Allerdings gibt es schon zu bedenken, wenn laut einer STATEC-Studie „nur“ 242 Millionen EUR ausreichen würden, um die Armutsrisikoquote auf 0 zurückzufahren; Vgl. Conseil économique et social (2008), S. 44-45.

[2] Während die europäischen Regierungen die Banken mit insgesamt 104 Milliarden EUR Liquidität unterstützt haben (zum Teil in der Form von Eigenkapital), drohen alleine in Großbritannien z. B. „faule“ Kredite in Höhe von 108 Milliarden EUR an Investoren (Fonds) verkauft zu werden. Wenn es sich hierbei um Kredite handelt, die zur Finanzierung eines Eigenheimes aufgenommen wurden, so werden diese neuen Investoren nicht lange fackeln und die Besitzer auf die sprichwörtliche Straße setzen, um die aufgekauften Kredite möglichst teuer zu liquidieren.

[3] Als am 24. März der amerikanische Präsident die Gründung einer so genannten „Bad Bank“ (die die „faulen“ Kredite der Banken aufkaufen soll) ankündigte, stiegen die Aktien der City-Bank um 17%!

[4] Vgl. die Rede zur Lage der Nation am 22. Mai 2008.

[5] Dabei hatte doch im Regierungsprogramm 2004-2009 noch die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital gestanden.

[6] Europäische Kommission (2008).

[7] So werden beispielsweise gesunde Unternehmen von Investmentfonds aufgekauft, in kleine Portiönchen geschnitten, ausgesaugt, abgespeckt und verkauft, wobei am Ende die zerschlagenen Unternehmensteile erheblich weniger Personen beschäftigen als das Gesamtunternehmen vorher. Der entsprechende Fonds aber stürzt sich danach auf sein nächstes Opfer. Denn nur mit solchen Methoden sind Gewinne von 20% und mehr zu erwirtschaften, nicht mit seriösem Wirtschaftsgebaren. Anderes Beispiel: als im Schweizer Parlament einmal jemand behauptete, ein Unternehmen, das nicht mindestens 20% Gewinn mache, habe am Markt nichts verloren, antwortete ihm der damalige Abgeordnete und heutige Direktor von Caritas Schweiz, ein Unternehmen, das seinen Arbeitnehmern keinen vernünftigen Lohn bezahlen könne, habe am Markt auch nichts verloren.

[8] Das was hier als „Nischendenken“ verkauft wird, ist eigentlich gar keins, brutal gesagt ist es ein Schmarotzerdasein. Gegen ein echtes Nischendenken gibt es keine Bedenken, weder ethische, noch solche seitens unserer Nachbarn.

[9] So wird z. B. im Moment die Notwendigkeit der Einrichtung so genannter „épiceries sociales“ sowohl bei den Autoritäten als auch bei den sozialen Dienstleistern als notwendig angesehen und vorbereitet.

[10] Damit soll die (hierzulande nicht existente Automobilindustrie) unterstützt werden. Die in Luxemburg existierenden Automobilzubehörproduzenten sind vom Weltautomobilmarkt abhängig, den beeinflussen wir mit einer Abwrackprämie nicht im Geringsten. Allerdings führen mehr neue und weniger alte Autos potenziell zu weniger Arbeit für Autowerkstätten! Und eine Umweltkomponente kann man der Abwrackprämie auch nicht bescheinigen.

[11] Was einer Empfehlung des europäischen Konjunkturprogrammes entspricht, Vgl. Europäische Kommission (2008).

Literaturverzeichnis

CHAMBRE DES DÉPUTÉS (2009): Rapport de la Commission spéciale « crise économique et financière ». *Document parlementaire N° 5977. Luxembourg.*

CHAMBRE DES SALARIÉS (2009a): Contribution de la CSL aux débats du Comité de coordination Tripartite du 3 mars 2009. *Luxembourg.*

CHAMBRE DES SALARIÉS (2009b): Note pour la Commission spéciale « Crise économique et financière » de la Chambre des députés. *Luxembourg.*

CONSEIL ÉCONOMIQUE ET SOCIAL (2008): Evolution économique, sociale et financière du pays 2008. *Luxembourg.*

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2008): Europäisches Konjunkturprogramm, *Dokument Nr. COM(2008) 800 final. Brüssel.*

GOUVERNEMENT LUXEMBOURGEOIS (2008): Déclaration du gouvernement sur la situation économique, sociale et financière du pays 2008. *URL: http://www.gouvernement. lu/gouvernement/etat-nation/index.html.*

SCHRONEN, Daniele & URBE, Robert (Hrsg., 2008): Sozialalmanach 2008. Schwerpunkt: Kinderarmut & Bildung. *Confédération Caritas Luxembourg.*

UNION DES ENTREPRISES LUXEMBOURGEOISES (2009): 100 mesures pour redresser la compétitivité et relancer l’activité économique. *Luxembourg.*

Sozialalmanach 2009 der Caritas

Schwerpunkt: Nachhaltigkeit der sozialen Sicherung

Als Mitgestalterin des sozialen Lebens in Luxemburg bringt sich Caritas in den Dialog mit den verantwortlichen Politikern, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft ein.

Wie dies schon für 2007 und 2008 der Fall war, soll der Sozialalmanach 2009 der Caritas Luxemburg einen inspirierenden Beitrag hierzu leisten.

Das Caritas-Jahrbuch zur sozialen Lage Luxemburgs 2009 kann wie folgt zum Preis von 19,50 € bezogen werden:

- durch Überweisung von 19,50 €, zuzüglich 1,80 € Versandkosten, auf das Konto CCPL IBAN LU09 1111 1293 8281 0000 mit dem Vermerk „Sozialalmanach 2009“
- bei Caritas Luxemburg, 29, rue Michel Welter, L-2730 Luxemburg sowie in allen guten Buchhandlungen.